

1637/J

der Abgeordneten DI Prinzhorn, Böhacker, Mag. Haupt

und Kollegen

an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten

betreffend

Insolvenzen in Österreich

Auch in diesem Jahr droht Österreich wieder ein neuer Pleitenrekord.

Der Kreditschutzverband von 1870 (KSV) erwartet für 1996 5.300 bis 5.400 Unternehmenszusammenbrüche, dies würde gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 8% bedeuten. Bis September d. J. wurden bereits 4242 Insolvenzanträge eingebracht, 1.687 Verfahren wurden eröffnet.

Unter Herausrechnung der „Jahrhundertpleite“ des Konsums werden auch die Passiva mit voraussichtlich 51 Milliarden Schilling deutlich über dem Vergleichswert des Vorjahres von 37 Mrd. Schilling liegen.

Im Zeitraum von 1991 bis Ende September 1996 zählt der KSV insgesamt 26.182 Firmenzusammenbrüche, die Gesamtzahl der Passiva beläuft sich auf insgesamt 210,2 Mrd. Schilling.

Während zahlreiche Unternehmen in Österreich das Handtuch werfen, wird die Neugründung von Betrieben nach wie vor durch ein restriktives Gewerberecht, durch bürokratische Barrieren und wirtschaftsfeindliche Strafsteuern, wie etwa die neue Mindestkörperschaftsteuer von 50.000 Schilling, behindert.

Um Auskunft über allfällige Maßnahmen des Wirtschaftsministers gegen das heimische Firmensterben und über allenfalls geplante Initiativen zur Steigerung der Zahl von Unternehmensneugründungen zu erhalten, richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten nachstehende

A n f r a g e

- 1) Welche Ursachen sind nach Ihrer Ansicht für die in den letzten Jahren beständig steigende Zahl von Firmenzusammenbrüchen verantwortlich?
- 2) Welche Maßnahmen werden Sie als Wirtschaftsminister setzen, um der gegenwärtigen Entwicklung einer beständig steigenden Zahl von Firmenzusammenbrüchen entgegenzuwirken?
- 3) Welche Maßnahmen werden Sie setzen, um die Rahmenbedingungen für Unternehmensneugründungen in Österreich zu verbessern? .
- 4) Werden Sie sich für eine baldige Abschaffung der unternehmensfeindlichen neuen Mindestkörperschaftssteuer von 50.000 Schilling einsetzen?
- 5) Werden Sie sich für eine weitgehende, umfassende Liberalisierung der Gewerbeordnung einsetzen?
- 6) Werden Sie sich für eine Abschaffung von europaweit einzigartigen, wirtschaftsfeindlichen Steuern wie etwa der Getränkesteuer, der Werbesteuer u.a. einsetzen?
- 7) Welche Maßnahmen werden Sie setzen, um den heimischen Unternehmen den Zugang zu Risikokapital zu erleichtern?
- 8) Welche Maßnahmen werden Sie als Wirtschaftsminister, bzw. wird die österreichische Bundesregierung, setzen, um die Attraktivität der Wiener Börse zu verbessern?